

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

DEZEMBER 2016

HESSEN-JUBILÄUM – BLICK NACH VORN



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landesvorsitzender

Wir haben in diesen Wochen 70 Jahre Hessen gefeiert. Dass wir das feiern konnten, haben wir zuallererst der Befreiung vom Faschismus durch die alliierten Streitkräfte zu verdanken.

Die hessische Verfassung war in ihrer sozialen Ausprägung fortschrittlicher und demokratischer als viele andere Verfassungen. Wesentliche Impulse gingen von ihr in das Grundgesetz ein.

Es sind vor allem die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, denen wir gratulieren und Dank sagen, in den Vereinen, in den Feuerwehren, in den Rettungsorganisationen, in den Kirchen und Glaubensgemeinschaften, in den Gewerkschaften und Sozialverbänden, in den Wirtschaftsverbänden, in den Parteien und Wählergruppen, in den Tafeln und Flüchtlingsinitiativen.

Denn das macht den Kern unseres Landes aus: Zusammenhalt und Integration. Hessen kennt seit Jahrhunderten Einwanderer und Flüchtlinge: Flamen, Hugenotten, Wallonen, Waldenser, Schlesier, Ost- und Westpreußen, Sudetendeutsche, Donauschwaben, Portugiesen, Italiener, Türken, Kurden und Marokkaner, um nur einige zu nennen.

Hessen hat – um es mit den Worten von Hannah Ahrendt zu sagen – Menschen eine neue „private Welt“ gegeben. Das ist der tiefere Sinn, das Angebot und Versprechen unseres ehemaligen Ministerpräsidenten Georg August Zinn, als er den Satz sagte: „Hesse ist, wer Hesse sein will.“

Zinn hat dazu den „Hessenplan“ vorgelegt, in dem beschrieben wurde, wie man das macht, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt funktioniert und eine Balance zwischen den Neubürgern und den Einheimischen gewahrt bleibt. Hessen ist ein Beispiel dafür, dass Fortschritt möglich und Zukunft gestaltbar ist.

Bezahlbarer Wohnraum ist auch heute wieder ein großes Thema. Integration ebenfalls. Aufstiegschancen für Menschen aus bestimmten sozialen Gruppen werden kleiner. Die Lebensbedingungen in Stadt und Land entwickeln sich auseinander. Und die Infrastruktur braucht einen Entwicklungsschub.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration müssen beherzt gestaltet werden. Deshalb ist die Zeit für einen neuen Hessenplan mit sozialdemokratischer Handschrift gekommen.

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

LIEBE GENOSSIN,
LIEBER GENOSSE,

WIR WÜNSCHEN
DIR UND DEINER
FAMILIE FROHE
WEIHNACHTEN,
ZEIT ZUM KRAFT-
TANKEN UND EINEN
GUTEN RUTSCH
IN DAS JAHR 2017.

DEINE
NANCY FAESER
UND DEIN
THORSTEN
SCHÄFER-GÜMBEL

EINE NEUE AGENDA

LANDESPARTEITAG 2016 IN HANAU

Das wird unser Startschuss für die Landtagswahl 2018“, eröffnete Generalsekretärin Nancy Faeser den ordentlichen Landesparteitag am 19. November. Zwei Leitanträge zu den Themen Bildung und Infrastruktur und prominente Gäste wie Michael Groschek, der Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, und die rheinland-pfälzische Ministerin der Finanzen, Doris Ahnen, standen auf der Tagesordnung. Schwerpunkt waren damit die inhaltliche Diskussion und der Beginn des Programmprozesses für die Landtagswahl 2018. Rund 500 Delegierte, beratende Delegierte und Gäste waren zum diesjährigen Landesparteitag nach Hanau gekommen.

„Gerade erleben wir, dass viele Menschen in die SPD eintreten. Das ist ein ziemlich gutes Zeichen. Nämlich, dass die SPD immer noch wahrgenommen wird, als die Partei, die für sozialen Zusammenhalt eintritt. Es wird uns auch heute noch zugetraut, dass wir die Kraft sind, die den sozialen Zusammenhalt herstellt. Dafür bin ich dankbar, aber ich weiß auch, wie groß die Verantwortung ist“, leitete Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel seine Rede ein. Die SPD habe das Rüstzeug, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Doch dafür müsse man wieder beherzter, ja mutiger, agieren. Die SPD dürfe sich nicht hinter dieser Wohlfühlendemokratie verstecken, die besage, „nur nicht auffallen“. Das sei nicht das richtige Motto.

Fortsetzung auf Seite 2



Der Landesparteitag behandelte zwei zentrale Bereiche für unser Hessen von morgen: Bildungsgerechtigkeit und Infrastruktur bei Wohnen, Straße und Schiene sowie Breitband.



Susanne Selbert

FOTO: HEIKO MEYER

MODERNISIERUNG DER HESSISCHEN VERFASSUNG

„Es gehört zu einer Verfassung, dass sie sich den geänderten Lebenswirklichkeiten anpasst“, begründet Susanne Selbert die Notwendigkeit einer Modernisierung der hessischen Landesverfassung. Selbert ist Vorsitzende der von der hessischen SPD eingesetzten Kommission „Verfassungsreform“. 70 Jahre alt ist die hessische Verfassung, nun wird es Zeit für einige Neuerungen. Was darin stehen muss, wird durch die Landes-SPD rege diskutiert. Auf keinen Fall fehlen darf jedoch das Recht auf gebührenfreie Bildung von Anfang an. Auch die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften und Ehe soll im neuen Entwurf gewährleistet sein sowie die Verankerung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Unangetastet bleibt der grundsozialdemokratische Kern der Verfassung. Wie schon Mitte der 1940er-Jahre sei die SPD, so Selbert, „die einzige Partei, die sich so umfangreich mit der hessischen Verfassung beschäftigt hat.“ Und das werde auch so bleiben. ■

Fortsetzung von Seite 1

EINE NEUE AGENDA

LANDESPARTEITAG 2016 IN HANAU

Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel forderte eine neue Agenda der sozialen Gerechtigkeit. Heute müsse eine Antwort darauf geben werden, wie unter den Bedingungen von Globalisierung und Digitalisierung der Sozialstaat neu ausgerichtet werden kann, um den Menschen die Sicherheit zu geben, sich auf die Veränderungen einzulassen. Angst sei ein schlechter Ratgeber. „Gechillt war gestern, jetzt geht es um die Wurst. Es geht um Werte, es geht sogar um einen Kampf um Wer-



Der Landeschef forderte auf dem Landesparteitag eine neue Agenda der sozialen Gerechtigkeit.

te und um die Konsequenzen, die man daraus zieht“, bekräftigte Schäfer-Gümbel. Kämpferisch und vor allem selbst reflektierend begeisterte er mit seiner Rede die Anwesenden. Minutenlang Applaus untermauerte seine nachdrücklichen Worte.

Besonderer Höhepunkt des Parteitag waren außerdem die Reden von Michael Groschek und Doris Ahnen, die in die thematische Diskussion einleiteten. Sowohl der Leitantrag zum Thema Mobilität, Wohnraum und Infrastruktur als



In ihrer Rede rief Generalsekretärin Nancy Faeser dazu auf, den Menschen wieder Sicherheit zu geben und in einer sich verändernden Welt Werte zu vermitteln.

auch der Leitantrag „Starke Schulen für Hessen: Gute Lern- und Arbeitsbedingungen für Integration und Bildungsgerechtigkeit“ wurde mit großer Mehrheit vom Landesparteitag beschlossen. Rege diskutiert wurden zum Ende des Parteitages die Vorschläge zur Reform der Hessischen Verfassung.

Damit wurde der Grundstein zur Vorbereitung der Landtagswahl im Jahr 2018 gelegt. Nächste Etappen sind der nun folgende Programmprozess und nicht zuletzt der nächste Landesparteitag im kommenden April in Kassel. ■

AUF IN DEN WAHLKAMPF

Für Wahlkämpfe vor Ort braucht es Zeit, engagierte Helfer, Ressourcen und nicht zuletzt die richtigen Materialien. In fast jedem Wahlkampf, ob im Rennen um das Amt des Bürgermeisters oder das der Landrätin, nehmen die Planung und Gestaltung dieser Materialien viel Zeit ein. Sie müssen zu den Gegebenheiten vor Ort, den Belangen der SPD-Gliederung und der Kandidatin und des Kandidaten passen. Es wird der Flyer oder die Pledgecard schlechthin gesucht. Doch eigentlich muss eben nicht ein ums andere Mal das Rad neu erfunden werden.

Das Gestaltungsportal, das mittlerweile in zahlreichen Wahlkämpfen erprobt wurde, schafft hier dauerhaft Abhilfe. Unter spd.de findet sich nach dem Log-in, das jedem Mitglied möglich ist, im Bereich „Meine Gestaltung“ die Rubrik „Hessen-Materialien“. Dort liegt der Menüpunkt „Direktwahlen“. Ein vielfältiges Angebot von der Wandzeitung über das Briefpapier bis hin zum Flyer oder der Visitenkarte steht hier bereit und kann an die eigenen Bedürfnisse angepasst werden. Insgesamt gibt es 13 Vorlagen, die in zwei unterschiedlichen Farbvarianten und Ausführungen ausgewählt und bearbeitet werden können. ■



Beispiel für die Gestaltung eines Flyers

140 NEUMITGLIEDER

SPD HESSEN PROFITIERT VOM TRUMP-EFFEKT

Am Morgen nach der US-Wahlnacht rieben sich wohl so manche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der SPD verwundert die Augen. Schon über Nacht verzeichnete die Partei einen außerordentlich hohen Anstieg an Neueintritten. Und so ging es weiter, denn den ganzen November über blieb die Eintrittszahl hoch. So auch in der hessischen SPD: Allein im November kamen in Hessen 140 neue Mitglieder dazu. Vor allem im Netz ist das Phänomen mittlerweile unter dem Namen „Trump-Effekt“ bekannt geworden.

Viele Bürgerinnen und Bürger, aufgerüttelt durch den Ausgang der US-Wahlen, wollen ein Zeichen setzen gegen den erstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland, Europa und der Welt. Es ist weniger Trump selbst, der die Menschen zum Parteieintritt ermutigt, sondern vielmehr die Sorge, dass so etwas Ähnliches auch hier in Deutschland passieren könnte. Dass die Zeiten vorbei sind, in denen wir es uns leisten können, ungeachtet vom Weltge-

schehen, Däumchen drehend, Zuhause auf der Couch zu sitzen, ist in den letzten Monaten sehr deutlich geworden. Ausschlaggebend sind nicht nur die US-Wahlen, sondern eine Entwicklung hin zum Erstarken, ja, sogar zum „Salonfähigwerden“ von Rassismus, Rechtspopulismus und Hetze, die schon seit längerer Zeit zu beobachten ist. Die Hetze von Pegida, AfD und Co. verleitet Menschen dazu, den gesellschaftlichen Veränderungen mit Ausgrenzung oder Angst zu begegnen. Was dagegen hilft, zeigen die zahlreichen Neueintritte in die SPD im letzten Monat ganz deutlich: dagegen halten, Farbe bekennen, Mund aufmachen.

Jede und jeder kann neue Mitglieder gewinnen. Deshalb: Nachbarn, Freundinnen, Freunde und Familie ansprechen, sie ermutigen, mit uns einzutreten gegen Rassismus, Hass und Hetze in Hessen, Deutschland, Europa und der ganzen Welt. Gemeinsam können wir dem erstarkenden Rechtspopulismus entschlossen entgegenwirken. ■

WAHLPROGRAMM IST WICHTIGER DENN JE

DREI FRAGEN AN SUSANNE SELBERT, VORSITZENDE DER PROGRAMMKOMMISSION

vorwärts Hessen:

Susanne, du bist die Vorsitzende der Programmkommission (für die Landtagswahl 2018). Welchen Stellenwert hat ein solides Wahlprogramm heute noch?

Susanne Selbert: Wahlprogramme sind gerade heute wichtiger denn je. Auch wenn in Zeiten des Populismus der Eindruck entstehen kann, dass Inhalte nicht mehr zählen – ich bin allerdings gegenteiliger Meinung: Eine Vision, wie es den Menschen in Hessen besser gehen kann als bisher, ist dringend erforderlich. Wir müssen zeigen, dass wir in der Lage sind, die Gesellschaft so zu gestalten, dass sie sich nicht teilt in „die da oben“ und „die da unten“. Um diese Vertrauensbildung, um Orientierung und Zusammenhalt wird es deshalb in dem Wahlprogramm gehen. Abgesehen davon ist ein Wahlprogramm nach wie vor eine gute Gelegenheit, sich über die politischen Schwerpunkte für die nächsten vier Jahre zu verständigen – die Auseinandersetzung über den richtigen Weg stärkt den innerparteilichen Zusammenhalt.

vorwärts Hessen:

Worin siehst du deine vordringlichen Aufgaben? Und worauf sollte bei der Entwicklung des Landtagswahlprogramms geachtet werden?



FOTO: HEIKO MEYER

Susanne Selbert ist Mitglied im Landesvorstand. Sie wird den Programmprozess zur Landtagswahl 2018 leiten.

Susanne Selbert: Die wichtigste Aufgabe besteht darin, die unterschiedlichen Vorstellungen zu den einzelnen Themenbereichen so aufzubereiten, dass wir ein überzeugendes Programm bieten, hinter dem nicht nur möglichst viele Genossinnen und Genossen stehen. Es müssen sich darin viele Wählerinnen und Wähler wiederfinden und eine Perspektive für sich und ihre Kinder erkennen können. Dabei

müssen wir viel stärker auf die Menschen zugehen, sie ansprechen, mit ihnen über unsere Werte sprechen und deutlich machen, dass wir die Partei der sozialen Sicherheit sind. Angst zu nehmen und Zuversicht zu geben, diese Aufgabe betrifft jeden Einzelnen von uns. Ich habe manchmal den Eindruck, dass die Diskussionsfreudigkeit in der Partei bei der Erstellung des Programms größer ist als das Engagement danach die Wähler von unserem Programm zu überzeugen. Das würde ich gern ändern.

vorwärts Hessen:

Wie willst du das viel zitierte „einfache Mitglied“, also unsere Parteibasis, an der Erstellung des Wahlprogramms beteiligen?

Susanne Selbert: Ich kann mir gut vorstellen, dass wir einzelne Programmteile über soziale Medien oder Mail den Mitgliedern zur Verfügung stellen, um so möglichst früh eine breite Beteiligung zu erreichen. Dies verbinde ich natürlich auch mit der Hoffnung, dass ein so entstandenes Programm auf mehr Zustimmung trifft und auch von der Parteibasis im Wahlkampf intensiver genutzt wird. Wir werden weitere kreative Ideen entwickeln, um die Genossinnen und Genossen im Wahlkampf so gut wie möglich zu unterstützen. ■

PROGRAMMPROZESS FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2018 GESTARTET

Mit den Beschlüssen des Landesparteitags 2016 für bessere Schulen, bezahlbaren Wohnraum und mehr Investitionen in Straße, Schiene und Breitbandinternet hat die SPD Hessen ihren Programmprozess für die Landtagswahl begonnen. Als gesetzt gilt außerdem die Forderung nach gebührenfreier Bildung von der Kita bis zum Masterabschluss oder Meistertitel.

Die Landtagswahl findet voraussichtlich im Herbst 2018 statt. Nach jetziger Planung wird die hessische SPD ihr Regierungsprogramm am 9. Juni 2018 bei einem Landesparteitag beschließen. Ein erster Entwurf, für den alle SPD-Gliederungen Änderungsanträge einbringen können, wird bereits im April 2018 vorliegen. Für die Monate vor dem Programmparteitag 2018 ist ein kurzer und intensiver Programmdialog mit der Parteibasis und der interessierten Öffentlichkeit geplant. Bereits im Winter 2016/2017 beauftragt die Programmkommission Facharbeitsgruppen. ■

FREIHANDELSABKOMMEN – ÖFFNUNG ODER AUSGRENZUNG?

Es sind zwei der am intensivsten diskutierten Themen überhaupt: die geplanten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. „Die Welt hat die Wahl zwischen vollkommen dereguliertem Handel und dem Versuch, ihn zu regeln“, machte Europaabgeordneter Bernd Lange erst kürzlich deutlich. Eingeladen war er bei einer Diskussionsveranstaltung in Hofheim. Im Mittelpunkt die Frage: Freihandelsab-

kommen – Öffnung oder Ausgrenzung? „Sozialdemokratinnen und -demokraten haben CETA deutlich verbessert. Allein schon durch ihre Arbeit an Parteitags- und Konventsbeschlüssen“, betonte Lange dort. Neben dem Vorsitzenden des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments waren Georg Einhaus, Landratskandidat der SPD Main-Taunus, und Dr. Ilja-Kristin Seewald, Bundestagskandidatin, vor Ort. Moderiert wurde die Veranstaltung durch die Hofheimer Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende Gisela Stang. In der Diskussion ging es auch um die Frage, inwieweit Handelsabkommen für die Länder des globalen Südens sinnvoll sein können. Einmal mehr wurde gezeigt, wie wichtig die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen Zukunftsfragen und wie groß der Diskussionsbedarf darüber ist. ■



FOTO: DR. ILJA-KRISTIN SEEWALD

Rund 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger nahmen an der Diskussionsveranstaltung zu TTIP und CETA teil.

BILDUNGSSCHWERPUNKTE 2017

Am Ende eines jeden Jahres stehen der Abschluss des alten und die Planung des neuen Jahres. So auch bei den Bildungsträgern in Hessen, die nunmehr ihre Jahresplanungen veröffentlicht haben. Unter dem Motto „Sicherheit schafft Zusammenhalt“ hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen eine Reihe von Veranstaltungen geplant. Als Teilaspekte sollen die innere, internationale und soziale Sicherheit in mehreren Veranstaltungen thematisiert und diskutiert werden. Die Akademie für Kommunalpolitik bietet neben Grundlagenseminaren zur kommunalpolitischen Arbeit insbesondere Rhetorikseminare für Frauen sowie einen Bildungsurlaub zum Thema „Führung“ an. Neumitglieder, Social Media und der Umgang mit der AfD finden sich u. a. im Jahresprogramm der Toni-Sender-Akademie. Alle Seminarangebote können eingesehen werden unter:

www.spd-hessen.de/seminare-workshops ■



FOTO: SPD DARMSTADT

Moritz Röder

VERSTÄRKUNG IM NEUEN REFERAT

Bereits seit dem 1. September besteht das Referat „Wahlkampfmanagement, Mobilisierung und Direktwahlen“ des SPD-Landesverbands Hessen. Seitdem wird die eine Hälfte der Stelle durch Daniela Beck ausgefüllt. Verstärkung erhielt sie zum 1. November durch Moritz Röder. Der 34-Jährige lebt in Darmstadt. Als studierter Politikwissenschaftler, Ortsvereinsvorsitzender, Stadtverordneter und kommunaler Fraktionsmitarbeiter hat ihn die Frage, wie die SPD in Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern bleiben, sie mit ihren Themen erreichen und ihre Stimmen bei Wahlen gewinnen kann, schon häufig beschäftigt. Umso mehr freut sich die SPD Hessen über die Verstärkung. Bei Fragen, das neue Angebot des Landesverbands betreffend, kann Landesgeschäftsführer Wilfried Lamparter unter 0611 - 999 77 41 oder dr.wilfried.lamparter@spd.de erreicht werden. ■

DIREKTWAHLEN
IN HESSEN

15. Januar
Uwe Olt will Bürgermeister bleiben, Lützelbach

29. Januar
Manfred Schaub will Bürgermeister bleiben, Baunatal

Michael Plätzer will Bürgermeister werden, Schauenburg

Jürgen Liebermann will Bürgermeister werden, Schwarzenborn Stadt

Thomas Beck will Bürgermeister bleiben, Angelburg

19. Februar
Annette Bergen-Krause will Bürgermeisterin bleiben, Allendorf (Lumda)

Harry Prockl möchte Bürgermeister werden, Münzenberg

TERMINE
2017

3./4. Februar
Hessengipfel, Friedewald

22. April
Landesparteitag und Vertreterversammlung, Kassel

17. Mai
Apfelweinanstich, Berlin

7. Juni
Mitarbeiterkonvent, Fulda

23. Juni
Geschäftsführersitzung, Eudorf

24. Juni
Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzendenkonferenz, Alsfeld

25. November
Landesparteitag, Frankfurt

HESSENGIPFEL 2017 IN
FRIEDEWALD

Am 3. und 4. Februar 2017 findet der Hessengipfel in Friedewald statt. Teilnehmende der traditionellen Klausurtagung der SPD Hessen und der SPD-Landtagsfraktion sind die hessischen Abgeordneten aus Land, Bund und Europa, die Mitglieder des Landesvorstands, des Gewerkschaftsrats und der beiden Bezirksvorstände, die Vorsitzenden der Unterbezirke sowie Vertreterinnen und Vertreter aus der Kommunalpolitik. Die politische Klausur ist mit dem Thema „Sicher-

heit schafft Zusammenhalt“ überschrieben. Bereits am Freitagabend ist BKA-Chef Holger Münch zum Schwerpunkt Innere Sicherheit eingeladen. Auch am Samstag werden weitere Teilbereiche wie die aktuellen Herausforderungen unserer Politik der nächsten Jahre durch Thorsten Schäfer-Gümbel thematisiert. Prominenter Gast an diesem zweiten Tag wird außerdem Andrea Nahles sein. In dem Redebeitrag der Bundesministerin wird es um die Zukunft der Alterssicherung gehen. ■



Der Hessengipfel findet bereits zum achten Mal statt. Gast auf dem Hessengipfel 2016 war Außenminister Frank-Walter Steinmeier.

ES GEHT WEITER

FRAUEN-MENTORING-PROGRAMM STARTET AB FRÜHJAHR 2017 IN DIE NÄCHSTE RUNDE

Mehr Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen und vorzubereiten, war das Ziel des ersten Mentoring-Programms der SPD Hessen. Gestartet sind die 28 Mentees sechs Monate vor der Kommunalwahl 2016. Gemeinsam mit ihren Mentorinnen aus der Bundes-, Landes- oder Kommunalpolitik haben sie ein Jahr lang intensiv miteinander gearbeitet.

Im vergangenen Herbst endete dieses erste Mentoring-Programm. Von der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmerinnen wurde das Programm sehr positiv bewertet. Nur eine Sache störte: Es war einfach zu kurz. Die Initiatorinnen des Mentoring-Programms, Gisela Stang, Lisa Gnadt und Dr. Ilja-Kristin Seewald, freute jedoch am meisten, dass das Programm viele Mentees motiviert hat, sich stärker politisch und gesellschaftlich einzubringen. Die positiven Rückmeldungen waren ausschlaggebend, dass im SPD Landesvorstand die Fortführung des Mentoring-Programms ab Frühjahr 2017 beschlossen wurde. Einige Anpassungen wurden vorgenommen: So wird das neue Mentoring-Programm auf zwei Jahre ausgedehnt. Die Teilnahme wird auf zehn Mentees beschränkt, die sich bewerben

müssen. Am Anfang des Programms wird eine Berlin-Fahrt stehen, die für alle Teilnehmerinnen verbindlich ist. Bei der Auswahl der Mentoren sind – mit Zustimmung des Mentees – auch Männer möglich. Die Teilnehmerinnen werden im Frauen-Netzwerk der SGK aufgenommen, sodass die Vernetzung zu anderen Frauen in der hessischen SPD von Anfang an gewährleistet ist.

Genossinnen, die sich für das Programm interessieren, sollten in ihrer Bewerbung darauf eingehen, welche Motivation sie haben, an dem Mentoring teilzunehmen, welchen Fokus ihre Mentorin, ihr Mentor haben sollte, d. h. ob diese oder dieser eher aus der Kommunal-, Landes- oder Bundespolitik kommen sollte. Die Bewerberinnen sollten Themen benennen können, die sie politisch besonders interessieren, sowie eine kurze politische, gesellschaftliche, private und berufliche Vita mitschicken.

Die Unterlagen für das nächste Mentoring-Programm können ab sofort bei der Geschäftsstelle der SPD Hessen angefordert werden. Kontakt: SPD-Landesverband Hessen, Mail: landesverband.hessen@spd.de, Tel.: **0611 - 999 77 - 0**. Die Bewerbungsfrist endet am 10. März 2017. ■

DIE SPD HESSEN
UNTERSTÜTZEN

Die SPD Hessen hat die intensive Arbeit für ein Hessen von morgen bereits auf dem vergangenen Landesparteitag begonnen. Doch auf dem Weg zur Landtagswahl 2018 liegt noch viel programmatische und organisatorische Arbeit vor uns. Dabei zählt jede Unterstützung.

Mit einer Spende kann unsere Politik für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Erfolg und das Zusammenhalten unserer Gesellschaft unterstützt werden.

Die SPD finanziert ihre Arbeit zu einem großen Teil aus den Beiträgen und Spenden ihrer Mitglieder, Freunde und Förderer. Anders als bei anderen Parteien sind das im Einzelfall meist kleine Beträge. In der Summe aber ist das ein wichtiger Beitrag, um die Aktionsfähigkeit der SPD zu stärken. Nur gemeinsam können wir an einem Hessen von morgen arbeiten.

Spendenkonto Empfänger:
SPD Landesverband Hessen
IBAN:
DE83 5105 0015 0111 1661 10
BIC: NASSDE55XXX
Nassauische Sparkasse

70 JAHRE
DGB HESSEN

Im November ist der Deutsche Gewerkschaftsbund Hessen 70 geworden. „Nach dem Verbot der Gewerkschaften durch das Terrorregime der Nazis, dem Wegsperrten von Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Gefängnisse und Konzentrationslager und die dadurch zu beklagenden Todesopfer haben sich, ermächtigt durch die damalige amerikanische Militärregierung im Jahr 1945, Frauen und Männer wieder für den Neuaufbau entschieden“, würdigte Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel.

Am 20. November 1945 trat der erste hessische Gewerkschaftskongress, der aus Mitgliedern der gewählten Arbeitnehmervertretungen bestand, in Frankfurt zusammen. „Die Werte der Gewerkschaften sind eng verbunden mit dem Aufbau unseres demokratischen Rechts- und Sozialstaats wie wir ihn heute kennen“, erklärte Schäfer-Gümbel weiter. ■

VERFALL BREMST HESSENS ENTWICKLUNG

Die Landesregierung „schwimmt in Geld“ und schafft es trotzdem nicht, die Zukunftsaufgaben des Landes anzupacken. Das ist der Hauptvorwurf, den der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel in der Generaldebatte zum Landeshaushalt 2017 erhoben hat. „Bildung, Verkehr und Digitalisierung aber müssen finanziert werden“, sagte Schäfer-Gümbel. Die Landesregierung schau dem Verfall der In-frastruktur nur zu. Die Investitionsquote in Hessen mit 400 Euro pro Einwohner kritisierte er als „historisch niedrig“. In Bayern und Baden-Württemberg sei diese doppelt so hoch, obwohl beide Länder mehr in den Länderfinanzausgleich einzahlten.

Angesichts der Rekordeinnahmen des Landes erneuerte Schäfer-Gümbel die Forderung der SPD, schrittweise die Gebührenfreiheit von Kindertagesstätten und Kindergärten einzuführen. „Das wäre das größte Familien-Entlastungsprogramm, das man sich denken kann.“ Ministerpräsident Bouffier habe dies vor der Wahl selbst versprochen und rücke nun von seinem Wahlversprechen ab. Der sogenannte Pakt für den Nachmittag sei faktisch die

Einführung von „Schulgeld am Nachmittag“. Auch die Investitionsquote der Kommunen sei auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren. Dies sei ein Ergebnis des neuen kommunalen Finanzausgleichs, der Investitionen nicht berücksichtige. Ergebnis der schwarz-grünen Kommunalfeindlichkeit sei, dass manche Städte die Gehälter nur mit Kassenkrediten finanzieren könn-

ten. Auch die Landesbeamten würden durch Sonderopfer belastet. Damit falle Hessen auch im Wettbewerb um qualifiziertes Personal weit hinter andere Länder zurück.

Große Versäumnisse sieht Schäfer-Gümbel auch beim Wohnungsbau, der für Normalverdiener im Ballungsraum immer unbezahlbarer werde. ■



„Die Zukunftsausgaben des Landes werden durch CDU und Grüne nicht angepackt“, so Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, während der Plenardebatte



Günter Rudolph, MdL

LANDES-RECHNUNGSHOF: GRÜNES GESCHWÄTZ VON GESTERN?

Heftige Kritik an CDU und Grünen hat der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph geübt: „Es war im Jahr 2001, als CDU und FDP mit der Tradition gebrochen haben, an der Spitze des Landesrechnungshofs auch einen Personalvorschlag der Opposition zu berücksichtigen. Damals hätte Tarek al-Wazir in seiner Funktion als Vorsitzender der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen: ‚Parteilpolitische Besetzung von Spitzenposten‘. Seitdem wurde der Rechnungshof von einem CDU- und einem FDP-Mann an der Spitze geführt. Jetzt war der Vizepräsident neu zu wählen. Das wäre eine Chance für die Grünen gewesen, ihren eigenen Ansprüchen zu genügen. Aber getreu dem Adenauer-Motto: ‚Was schert mich mein Geschwätz von gestern‘, wurde das Amt ohne jede Beteiligung der Opposition mit einem Personalvorschlag der Grünen besetzt. Eine verpasste Chance für eine veränderte politische Kultur.“ ■

WICHTIGE ERKENNTNISSE FÜR DIE ZUKUNFT DER BILDUNG IN HESSEN

Die Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen – Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ des Hessischen Landtags hat letztmalig eine sogenannte Expertenanhörung durchgeführt. „Die Experten konnten über die vergangenen zweieinhalb Jahre aufzeigen, wo die hessische Bildungspolitik steht und welche Veränderungen am drängendsten nottun“, sagte der Obmann der SPD-Fraktion und stellvertretende bildungspolitische Sprecher Gerhard Merz im Anschluss.

So sei sehr deutlich geworden, dass die Durchlässigkeit an hessischen Schulen deutlich verbessert werden muss. Auch hinsichtlich des Ausbaus des Ganztagsbereichs, von Integration und Inklusion besteht in Hessen Nachholbedarf. Merz zeigt sich zufrieden, dass nicht nur Missstände untersucht und erkannt werden konnten, sondern dass von den angehörten Sachverständigen auch umfassend aufgezeigt wurde, wie bestimmten Problemen aus wissenschaftlicher und praxisnaher Sicht begegnet werden kann. „Es zeigen sich im Rahmen der Kommission zahlreiche Wege, wie die Chancengleichheit im

hessischen Bildungssystem verbessert werden kann. So wurde zum Beispiel sehr deutlich, dass die Lehrerbildung, aber auch die Lehrerweiterbildung enormen Einfluss auf die Zukunft schulischer Bildung und ihre Qualität hat. Der Bedarf an Reformen in diesem Bereich darf nicht ignoriert werden“, appellierte Merz.



Gerhard Merz, MdL

„Die Bereiche Inklusion und Integration müssen von der Hessischen Landesregierung endlich gezielt vorangetrieben

werden“, kritisierte er. So bescheinigen die Experten dem Land Hessen dringenden Bedarf an Veränderung. Merz hofft, dass sich diese Erkenntnis der Enquetekommission auch zunehmend bei den Regierungsfractionen durchsetzt. „Schulsozialarbeit ist notwendig und kein Luxus, der an einem Kostenvorbehalt scheitern darf“, so Merz. Multiprofessionelle Teams seien die einzige Möglichkeit, den komplexen Problemen des hessischen Schulsystems zu begegnen.

Im Ergebnis steht für die SPD-Fraktion nach der letzten Anhörung der Enquetekommission fest, dass die Rahmenbedingungen des hessischen Bildungssystems weiterer Veränderung bedürfen. „Hessen hat die Möglichkeit, bildungspolitisch ein Vorreiter zu sein. Diese Chance wird viel zu häufig von der derzeitigen Landesregierung leichtfertig verspielt. Wir werden mithilfe der Erkenntnisse durch die Experten der Kommission auch in Zukunft gezielt Vorschläge erarbeiten und Ideen vortragen, die das hessische Bildungssystem gerechter machen und für die Zukunft zu wappnen“, fasste der SPD-Obmann zusammen. ■



Lisa Gnagl, Mdl.

ZUNAHME RECHTS-MOTIVIERTER TÄTER

Beleidigungen und Bedrohungen durch rechtsmotivierte Täter haben in den vergangenen Jahren eine deutliche Zunahme erfahren. Dies geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der SPD hervor. „Die Zahl der Beleidigungen mit rechtsmotiviertem Hintergrund stiegen in den letzten fünf Jahren stetig an. Es ist klar, dass die gefühlte Verrohung in der politischen Auseinandersetzung auch mit Zahlen belegt werden kann. Es ist zudem zu erwarten, dass die Dunkelziffer von nicht angezeigten Straftaten noch deutlich höher liegt“, sagte die für den Bereich Rechtsextremismus zuständige Sprecherin Lisa Gnagl. Für Gnagl sei klar, dass der Hass und die Hetze, die Rechtspopulisten wie AfD und Pegida betrieben, geradezu dazu auffordern würden, dass Menschen sich mit Bedrohungen und Beleidigungen gegen Andersdenkende zu Wort melden. ■

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

KRITIK AN BESOLDUNGSDIKTAT UND MANGEL

GENERALDEBATTE ZUM LANDESHAUSHALT 2017

Besoldungsdiktat

Massive Kritik übte Günter Rudolph in der Debatte zum Haushalt des Innenministeriums an der Personalpolitik des Landes: „Der Innenminister führt das Besoldungsdiktat für die hessischen Beamtinnen und Beamten fort, indem er auch für 2017 an einer Besoldungserhöhung von lediglich einem Prozent festhält. Das beweist die Geringschätzung der wertvollen Arbeit, unter anderem unserer Polizeibeamtinnen und -beamten, durch Herrn Beuth. Angesichts von drei Millionen Überstunden trotz der bundesweit höchsten Wochenarbeitszeit von 42 Stunden braucht Hessen dringend zusätzliche Polizeibeamtinnen und -beamte, was die SPD schon seit Jahren fordert.“



Günter Rudolph, Mdl.

Schulgeld am Nachmittag

Das Eigenlob der Landesregierung in der Bildungspolitik hält Christoph Degen für verfehlt. Degen sagte zum Etat des Kultusministers: „Den Schulen werden immer mehr Aufgaben auferlegt, ohne sie mit den angemessenen Mitteln auszustatten. Schon heute ist klar, dass aufgrund des akuten Lehrermangels viele Lehrerstellen gar nicht besetzt werden können. Anstatt der Einführung des schwarz-grünen Schulgelds für den Nachmittag brauchen wir mehr Anstrengungen für echte Ganztagschulen in Hessen. Mit einem Ausbauprogramm für Schulsozialarbeit in Höhe von sechs Millionen Euro will die SPD die Kommunen unterstützen, Lehrkräfte entlasten und das soziale Miteinander an Schulen fördern.“



Christoph Degen, Mdl.

Stellenabbau in der Justiz

Die Sparpolitik der vergangenen Jahre macht Heike Hofmann für Personalprobleme in der Justiz verantwortlich: „Nachdem ab dem Jahr 2003 im Rahmen der sogenannten Operation Düstere Zukunft erst 800 Stellen und später in Folge in einem weiteren Abbauprogramm bis zu 400 Stellen abgebaut



Heike Hofmann, Mdl.

werden sollten, hat die Landesregierung endlich ein Einsehen und lenkt ein. Gerade in diesen Zeiten brauchen wir eine starke Justiz und einen starken Rechtsstaat! Dafür gibt es noch viel zu tun.“

Personalmangel

„Für Euphorie ist kein Platz, denn Hessen hat in den dunklen Jahren der CDUgeführten Regierungen viel versäumt, das nachgeholt werden muss“, sagte Norbert Schmitt in der Debatte zum Haushalt des Finanzministers. Er sagte: „Die Steuerverwaltung in Hessen ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern – gemessen an dem Bruttoinlandsprodukt – bei der Personalausstattung auf dem vorletzten Platz. Dies muss Schritt für Schritt korrigiert werden. Die Versäumnisse der Landesregierung im Kampf gegen die Steuerhinterziehung füllen ganze Register. Nun kommt die dubiose Rolle Hessens bei einem Anwendungserlass des Bundesfinanzministeriums hinzu, der zur Folge hat, dass Banken dreistellige Millioensummen, vielleicht sogar Milliarden aus Steuertricksereien bei Aktienauleihen behalten können. Dieser Legitimationsschein für die Steuervermeidung der Großbanken muss außer Kraft gesetzt werden!“



Norbert Schmitt, Mdl.

Lustlosigkeit

Schwarz-Grün verschläft die Verkehrswende, konstatierte Uwe Frankenberger mit Blick auf den Etat des Wirtschaftsministers. „Heute gilt es, die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung für morgen zu schaffen. Bei dieser wichtigen Frage von gestaltender Landespolitik bleiben Ihre Antworten als schwarz-grüne



Uwe Frankenberger, Mdl.

Landesregierung unzureichend. Während es notwendig wäre, die Verkehrswende mit Herzblut voranzutreiben, regiert bei Schwarz-Grün die Lustlosigkeit.“

Gebührenfreie Bildung in Kitas

„Wir erneuern unsere Forderung nach weitergehender Gebührenbefreiung für den Besuch von Kindertagesstätten und werden dafür einen Stufenplan vorlegen“, sagte Gerhard Merz in der Aussprache über den Sozialhaushalt. Dies sei bildungs- und familienpolitisch geboten. Die Politik der schwarz-grünen Koalition zwingt hingegen die Kommunen vielerorts, Gebühren zu erhöhen.“



Gerhard Merz, Mdl.

Klimaschutz voranbringen

Den Schutz des Trinkwassers und den Klimaschutz thematisierte Angelika Löber beim Etat des Umweltministeriums. „Wir fordern eine Wassernutzungsabgabe für die Industrie, mit der wir unsere Trinkwasserqualität mittelfristig sichern und zeitnah Wohnraum für kleinere und mittlere Einkommen fördern wollen. Wir wollen endlich einen ambitionierten Klimaschutzplan für Hessen mit umfangreicher Beteiligung, insbesondere auch der des Parlaments, damit Hessen hier eine führende Rolle gegenüber anderen Bundesländern beim Klimaschutz einnehmen kann und für die Zukunft gut aufgestellt ist.“



Angelika Löber, Mdl.

Unbefristete Uni-Stellen

Die schlechten Berufsaussichten für wissenschaftlichen Nachwuchs sprach Gernot Grumbach an. „Wir wollen es den Hochschulen ermöglichen, dass sie die heute aus dem Hochschulpakt 2020 finanzierten Stellen weiterhin unbefristet besetzen können, um so qualifiziertes Personal anwerben zu können, ohne dass es ihr Grundbudget belastet. Im Bereich der Landeskulturpolitik konzentriert sich die Landesregierung auf zu wenige Leuchtturmprojekte, anstatt flächendeckend zu agieren.“



Gernot Grumbach, Mdl.

ENDLICH WIEDER INVESTIEREN

DIE SPD-FRAKTION FORDERT 200 MIO. € FÜR KOMMUNALE INVESTITIONEN

50 MIO. € FÜR SOZIALEN WOHNUNGSBAU

39 MIO. € FÜR DIE LANDESSTRASSEN

SPD LANDTAGSFRAKTION

GRAFIK: GERT-UWE MENDE

ALLE FOTOS: SPD-LANDTAGSFRAKTION

VERKEHRSWENDE ALS MAMMUTAUFGABE

Was bedeutet die Verkehrswende für die deutsche Automobilindustrie? Zu diesem Thema hatte die SPD-Fraktion mit Dr. Wolfgang Schäfer-Klug und Carsten Bätzold die Betriebsratsvorsitzenden der Opel AG und des VW-Werks Baunatal als Referenten eingeladen. „Wir haben nicht über die konkrete Lage der beiden Unternehmen gesprochen, sondern über die zentrale Bedeutung der Verkehrswende für das deutsche Wohlstandsmodell, bei der die Debatten erst am Anfang stehen. Dabei reden wir über die Automobilindustrie, die das Rückgrat des deutschen Wohlstandsmodells ist“, sagte Schäfer-Gümbel. Wolfgang Schäfer-Klug stellte aus seiner Sicht dar, dass die Sorgen und Ängste der Menschen, die in der Automobilindustrie arbeiten, bislang nicht ausreichend Gehör finden würden. „Wir stehen vor einem großen Umbruch, und dazu braucht es eine aktive Industriepolitik. Sonst verlagert sich die Wertschöpfung nicht nur in den Osten der EU, sondern vor allem nach Japan und Südkorea, weil dort schon ein deutlicher Vorsprung bei der Entwicklung besteht“, so der Opel-Betriebsratsvorsitzende. Bätzold machte die tief greifenden Veränderungen an einem Beispiel deutlich: „Der Antriebsstrang von Motor und Getriebe beim Verbrennungsmotor besteht aus rund 1.400 Teilen. Beim reinen Elektrofahrzeug sind es rund 200. Wir haben bei Kohle und Stahl eine radikale Veränderung der Arbeit und der Produkte erlebt. Und das geht hier weiter.“ ■



Carsten Bätzold, VW; Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL; Dr. Wolfgang Schäfer-Klug, Opel (v. l. n. r.)



Die beiden Betriebsratsvorsitzenden äußerten sich zur zentralen Bedeutung der Verkehrswende aus Sicht der Beschäftigten in der SPD-Landtagsfraktion.

FOTOS: MARTINA HAUSL-DAVID

VERPFLICHTUNG UND VERANTWORTUNG ZUGLEICH

Der Hessische Landtag hat einstimmig der Erneuerung des Staatsvertrags zwischen dem Land und dem Verband der jüdischen Gemeinden in Hessen um weitere fünf Jahre bis 2021 verlängert. Der SPD-Landtagsabgeordnete Lothar Quanz betonte in seiner Rede die Wichtigkeit dieses Vertrags: „Hier geht es nicht um irgendein Gesetz. Es geht um ein ganz besonderes Gesetz, das unserer Geschichte entspringt. Diese Geschichte erfordert von uns Verpflichtung einerseits und Verantwortung andererseits. Aus beidem erwächst die Aufgabe, dass wir das historische Erbe nicht nur kritisch betrachten, sondern die richtigen Lehren und Konsequenzen daraus ziehen.“ Dies sei Verantwortung und Verpflichtung zugleich. Hessen hatte 1986 als eines der ersten Bundesländer den jüdischen Gemeinden des Landes in einem

Staatsvertrag eine finanzielle Unterstützung zugesichert.



Lothar Quanz, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

„Wir müssen alles daran setzen, dass in Hessen für Antisemitismus kein Millimeter Raum ist, und alles dafür tun, um das Wiederentstehen, das Wiederbeleben jüdischer Kultur und jüdischer Tradition zu fördern. Wir wissen um die schlimme Vergangenheit. Wir wissen um den barbarischen Holocaust, allerdings nur als Spitze eines jahrhundertelangen Antisemitismus. Daraus haben wir gelernt und ziehen die nötigen Konsequenzen. Die Erneuerung des Staatsvertrags ist ein wichtiges Zeichen“, sagte Quanz weiter. Neben der sehr lebendigen und prosperierenden jüdischen Gemeinde in Frankfurt lobte Quanz auch die Arbeit der jüdischen Gemeinden in den anderen hessischen Kommunen. Sie leisteten gemeinsam einen wertvollen Beitrag zur religiösen und kulturellen Vielfalt in unserem Land. ■

PFLEGE AUSBILDUNG: LANDES- REGIERUNG MUSS AKTIV WERDEN

Die gesundheits- und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Daniela Sommer, hat die Landesregierung aufgefordert, in der Pflegeausbildung nicht nur andere zum Handeln anzuhalten, sondern selber aktiv zu werden. „Dass Sozialminister Grüttners von der CDU im Bereich der Pflegeausbildung Handlungsbedarf sieht, ist richtig. Jetzt muss er nur noch handeln.“ Wesentlich, so Sommer, sei vor allem eine Lösung für das Problem des Schulgelds an Altenpflegeschulen: „Bei der vor Kurzem durchgeführten Erhöhung des Schulgeldes, der ersten seit 15 Jahren, wurde nur die Inflationsrate berücksichtigt, sodass die Erhöhung der Schulgeldpauschale nicht dem Bedarf entspricht. Die Landesregierung spart hier an der falschen Stelle.“ Es werde jeder einzelne Auszubildende gebraucht. Die Landesregierung tue nicht genug, um Pflegefachkräfte zu werben. ■



Dr. Daniela Sommer, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

VORLESETAG 2016

In diesem Jahr fand auf Initiative der Wochenzeitung „Die Zeit“, der Stiftung Lesen und der Deutschen Bahn der 13. bundesweite Vorlesetag statt. Mit dieser Aktion soll, wie in jedem Jahr, dem Vorlesen wieder ein höherer Stellenwert gegeben werden. Die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion haben zahlreich im Rahmen des Vorlesetages in Kitas und Grundschulen die Initiative unterstützt und aus vielen verschiedenen Kinderbüchern in Schulen und Kindertagesstätten vorgelesen. ■



FOTO: TURGUT YÜKSEL

Turgut Yüksel las den Kindern in der AWO Kita dOSTluk in Frankfurt unter anderem aus dem „Kleinen Eisbär“ vor.



FOTO: THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL

Die Kinder an der Grundschule Rüdtingshausen in Rabenau konnten sich auf das Märchen „Der Froschkönig“ der Gebrüder Grimm freuen, aus dem Thorsten Schäfer-Gümbel ihnen vorlas.



FOTO: CHRISTOPH DEGEN

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, war an der Astrid-Lindgren-Schule in Hammersbach zu Gast und hatte unter anderem das Buch „Nordsee-detektive – Das geheimnisvolle Haus am Deich“ von Klaus-Peter Wolf mit im Gepäck.



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Uwe Frankenberger, MdB

ÖPNV: LEDIGLICH VERWALTEN STATT GESTALTEN

Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Uwe Frankenberger, zeigte sich erfreut, dass die finanzielle Grundlage der Verkehrsverbände von RMV, NVV und VRN für die nächsten Jahre gesichert sei. Hinsichtlich der vermeintlichen Rekordsumme für den ÖPNV schmücke sich Schwarz-Grün wieder einmal mit fremden Federn, da der weitaus größte Teil der Mittel vom Bund komme. „Geld allein macht noch keine Verkehrswende. Die Menschen in Hessen warten nun seit Jahren auf das nachhaltige Verkehrskonzept für unser Land, das Schwarz-Grün versprochen hat. Dafür fehlen der Landesregierung aber die Ideen und der Gestaltungswille. Stattdessen verwalten CDU und Grüne den Status quo“, sagte Frankenberger. ■

GEGEN ZWECK-ENTFREMUNG VON WOHNRAUM

Wohnungsleerstände und die Zweckentfremdung von Wohnraum, indem Wohnraum zu Büros umgewandelt wird, werden immer mehr zum Problem. „Um Leerstand und Zweckentfremdung zu verhindern, braucht es Regeln. Diese verweigert die schwarz-grüne Landesregierung konsequent. Es war falsch von der damaligen CDU-geführten Landesregierung, das entsprechende Gesetz 2004 auslaufen zu lassen. Das zeigen auch kommunale Erfahrungen. In Frankfurt konnte in einem Zeitraum von dreißig Jahren verhindert werden, dass 9.000 Wohnungen zweckentfremdet wurden. Die geltenden baurechtlichen Vorschriften reichen dagegen nicht aus, um die Zweckentfremdung zu verhindern. Deshalb ist die Wiedereinführung eines Gesetzes gegen Wohnraumzweckentfremdung richtig“, sagte der wohnungsbaupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Michael Siebel. ■



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Michael Siebel, MdB

RYANAIR ALS FLIEGENDER „SCHLECKER“

Die Arbeitsbedingungen bei der Billig-Airline Ryanair und deren Ansiedlung am Flughafen Frankfurt trafen auf Kritik der SPD-Landtagsfraktion. Der flughafenpolitische Sprecher, Marius Weiß, sagte dazu: „Ministerpräsident Bouffier steht als Ryanair-Fan sehr alleine da und hat selbst in seiner eigenen schwarz-grünen Koalition keine Unterstützung. Es wäre besser gewesen, wenn sich die Fraport AG für andere Low-Cost-Airlines entschieden hätte, die anständiger mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen. Die Fluglinie ist der fliegende ‚Schlecker‘. Das Unternehmen unterläuft gültige Sozialstandards und verweigert jede aktive Tarifbindung für ihre Beschäftigten. Die Fluggesellschaft zahlt keinen Mindestlohn.“ ■



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Marius Weiß, MdB

JUGENDRECHT: SPD-INITIATIVE TRÄGT FRÜCHTE

Die stellvertretende Vorsitzende und rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Heike Hofmann, hat die Schaffung eines Hauses des Jugendrechts in Offenbach als „konsequent und richtig“ bezeichnet. Die Offenbacher Einrichtung ergänzt die bereits bestehenden Häuser des Jugendrechts in Frankfurt und Wiesbaden. Die SPD-Abgeordnete erinnerte daran, dass es schließlich die SPD-Fraktion gewesen sei, die im Jahr 2006 mit einem Antrag im Hessischen Landtag die Häuser des Jugendrechtes in Hessen initiiert habe. „Es ist sehr positiv zu bewerten, dass in den Häusern des Jugendrechtes auch Beratungsgespräche angeboten werden, damit die Jugendlichen, aber auch ihre Eltern vorhandene Probleme mit Hilfestellungen beheben können“, sagte Hofmann. ■



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Heike Hofmann, MdB

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Valeska Fuhr
Sandra Baumann

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden